

Antrag H des Bundesvorstands

**Karlsruher Erklärung
zu Terror und Sicherheit,
Flucht und Integration**

1 Weltweit richtet der islamistische Terrorismus seinen mörderischen Hass und seine
2 zerstörerische Gewalt gegen unschuldige Menschen und gegen die freie und offene
3 Gesellschaft insgesamt. Vor dieser Gewalt, vor Bürgerkrieg, diktatorischen
4 Regierungen und wirtschaftlichem Elend suchen Millionen von Menschen Schutz und
5 Sicherheit. Sie sind auf der Flucht innerhalb ihrer Heimatländer und leben in großer
6 Zahl als Flüchtlinge in den Nachbarstaaten der Region. Aus Verzweiflung über die
7 Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit ihrer Situation haben sich viele von ihnen in den
8 vergangenen Monaten auf den Weg zu uns nach Deutschland und Europa gemacht.
9

10 Unser Land hat in der Vergangenheit enorm von der Globalisierung profitiert. Nun
11 erfahren wir, dass Globalisierung auch bedeuten kann, dass scheinbar weit entfernte
12 Konflikte ihre Wirkung bis tief in das Herz Europas haben.
13

14 Als Folge dieser Entwicklung sehen wir uns der größten Zahl von Flüchtlingen seit
15 Ende des Zweiten Weltkrieges gegenüber. Das Ausmaß und die Geschwindigkeit der
16 Flüchtlings- und Migrationsbewegung stellen unser Land auf allen Ebenen – in den
17 Kommunen, in den Ländern und im Bund – vor eine der größten Herausforderungen
18 der letzten Jahrzehnte überhaupt.
19

20 Viele Menschen machen sich Sorgen wegen der Auswirkungen, die für unser Land,
21 für unser Zusammenleben und für sie selbst mit der Aufnahme so vieler Menschen in
22 so kurzer Zeit verbunden sind. Dabei geht es vor allem um Auswirkungen auf die
23 Integrationskraft unserer Gesellschaft, um Fragen der Leistungsfähigkeit unseres
24 Arbeitsmarktes und unserer sozialen Sicherungssysteme, um unsere kulturelle
25 Entwicklung und die Stabilität und Entwicklung der Europäischen Union. Diese
26 Sorgen nehmen wir sehr ernst, und wir greifen sie aktiv auf.
27

28 In dieser schwierigen Situation sieht sich die CDU in einer besonderen
29 Verantwortung. Aufgrund langjähriger guter Erfahrung mit der Politik der Union
30 haben die Menschen in Deutschland großes Vertrauen in unsere Fähigkeit, auch
31 schwierigste Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Sie erwarten von uns zu
32 Recht, dass wir auch jetzt national und international Führungsverantwortung für eine
33 nachhaltig gute Lösung übernehmen.
34

35 Die CDU ist entschlossen, dieser Verantwortung gerecht zu werden: Wir sind
36 überzeugt, dass Deutschland diese Herausforderungen erfolgreich bewältigen und
37 dass unser Land gestärkt aus dieser Bewährungsprobe hervorgehen wird. Ganz so,
38 wie Deutschland auch nach der Bewältigung der großen internationalen Banken- und
39 Finanzkrise stärker war und ist als zuvor.

40

41 **Für einen starken Staat: Sicherheit erhöhen, Terror** 42 **bekämpfen**

43

44 Die CDU ist die Partei der Inneren Sicherheit. Ein starker Staat, der die Freiheit und
45 die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger gewährleisten kann, gehört
46 unverbrüchlich zum programmatischen Kern der CDU. Freiheit und Sicherheit sind
47 keine Gegensätze, sondern bedingen einander: Sicherheit ist eine Voraussetzung für
48 Freiheit. Nur wenn Äußere und Innere Sicherheit ausreichend gewährleistet sind, ist
49 gelebte Freiheit für jeden einzelnen möglich.

50

51 Wir stehen deshalb seit jeher an der Seite der Polizisten, Soldaten und anderen
52 Sicherheitsbehörden, die tagtäglich mit großem persönlichen Einsatz unsere
53 Demokratie, unseren Rechtsstaat und unsere Sicherheit schützen. Ihre
54 verantwortungsvolle Arbeit verdient unseren hohen Respekt. Wir sind ihnen dankbar
55 und werden ihre Arbeit auch weiterhin politisch, rechtlich, praktisch und finanziell
56 nachdrücklich unterstützen und sie gegen unberechtigte Vorwürfe in Schutz nehmen.

57

58 Die schrecklichen Attentate von Paris erfüllen uns mit tiefem Mitgefühl für unsere
59 französischen Nachbarn und Freunde. Wir stehen solidarisch an der Seite
60 Frankreichs in der Trauer um die Opfer und im Kampf gegen den Terror.

61

62 Der brutale und hinterhältige Angriff galt aber nicht nur Frankreich und den
63 Franzosen: Der islamistische Terror richtet sich gegen die gesamte freie Welt, gegen
64 unsere Art zu denken und gegen unsere Art zu leben und damit auch gegen
65 Deutschland. Es hat sich gezeigt, dass der islamistische Terrorismus kein
66 vereinzelt oder vorübergehendes Phänomen, sondern eine allgegenwärtige
67 Bedrohung ist. Anschläge wie in New York, Madrid, London, Tunesien, Istanbul,

68 Bamako und Paris kann es jederzeit auch in anderen Ländern einschließlich
69 Deutschlands geben.

70

71 Diese Gefährdung nehmen wir ernst und sind entschlossen, den islamistischen
72 Terrorismus mit aller Härte und Entschiedenheit zu bekämpfen.

73

74 Die stärkste Antwort, die wir den Terroristen geben können, besteht darin, dass wir
75 unser Leben und unsere Werte weiterhin so leben wie bisher: Selbstbewusst und
76 frei, mitmenschlich und engagiert. Damit dies dauerhaft möglich bleibt, ergreifen wir
77 konsequent und entschlossen die notwendigen sicherheitspolitischen Maßnahmen
78 nach innen und nach außen:

79

80 1. Mit der Bewaffnung und Ausbildung der Peschmerga haben wir bereits einen
81 wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass der IS im Nordirak bekämpft und
82 zurückgedrängt werden konnte.

83

84 2. Der Bundeswehreinsatz, den der Deutsche Bundestag am 4. Dezember mit
85 großer Mehrheit beschlossen hat, dient der Bekämpfung und Zerstörung des
86 sogenannten Islamischen Staates (IS) und seiner terroristischen
87 Handlungsmöglichkeiten in Syrien, in der Nachbarregion und in Europa.
88 Indem wir die Internationale Allianz und Frankreich noch stärker als bisher
89 unterstützen, leisten wir auch einen wirksamen Beitrag zum Schutz
90 Deutschlands und seiner Bürger vor terroristischen Anschlägen, die vom IS
91 aus dem Ausland geplant und vorbereitet werden.

92

93 3. Auf europäischer Ebene müssen nicht zuletzt die Terroranschläge von Paris
94 dazu führen, dass Europa die bestehende Terrorismus-Bekämpfungsstrategie
95 umfassend überprüft und zu einem wirksamen Instrument mit deutlichem
96 europäischen Mehrwert weiterentwickelt. Deutschland ist bereit, dabei an
97 vorderster Stelle mitzuwirken.

98

99 4. Die CDU tritt auf europäischer Ebene für einen bestmöglichen
100 Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden ein. Europol soll
101 um ein europäisches Anti-Terror-Zentrum erweitert werden. Durch eine

102 Verbesserung des Schengen Informationssystems ist es bereits gelungen,
103 Reisebewegungen von sogenannten ausländischen Kämpfern besser zu
104 erkennen und zu verhindern. Das Schengen Informationssystem und das Visa
105 Informationssystem müssen eine starke Basis zur Verhinderung terroristischer
106 Anschläge in Europa sein.

107

108 5. Wir fordern die zügige Einführung eines europäischen Ein- und
109 Ausreiseregisters für die EU-Außengrenzen, wie es von den EU-
110 Innenministern bereits seit vielen Jahren beschlossen, aber immer noch nicht
111 umgesetzt ist.

112

113 6. Den nach jahrelangen Verhandlungen jetzt beschlossenen Austausch über
114 Fluggastdaten wollen wir rasch umsetzen, um Reisebewegungen von
115 Terroristen und Gefährdern besser nachvollziehen zu können.

116

117 7. Insbesondere die Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak, die tagtäglich zu uns
118 kommen, fliehen vor Gewalt und Terrorismus, sie sind Opfer des Terrorismus,
119 nicht Täter. Deshalb werden wir einen Missbrauch der aktuellen terroristischen
120 Gefährdung zur Diskreditierung unschuldiger Menschen nicht zulassen.

121

122 8. Um zu verhindern, dass die Not der Flüchtlinge zur Einschleusung von
123 Terroristen missbraucht wird, um unerkannt nach Europa zu gelangen, soll es
124 in Zukunft wieder bei jedem Asylbewerber eine Anhörung geben, um die
125 Identität des Betroffenen zweifelsfrei feststellen und Sicherheitsüberprüfungen
126 vornehmen zu können.

127

128 9. Wir wollen Ombudsstellen, an die sich Flüchtlinge und Bürger wenden
129 können, wenn sie bei Flüchtlingen oder Asylbewerbern eine Nähe zum IS oder
130 zu anderen Terrororganisationen befürchten oder wahrnehmen. Bei Personen,
131 die dem IS angehören oder diesen unterstützen, müssen die Asylverfahren
132 sofort abgeschlossen werden und müssen die Betroffenen umgehend unser
133 Land verlassen.

134

- 135 10. Wir haben bereits auf unserem letzten Parteitag, also noch vor dem
136 barbarischen Anschlag auf das französische Magazin „Charlie Hebdo“ und
137 dem koscheren Supermarkt mit einem Leitantrag zur Inneren Sicherheit ein
138 umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen, das unverändert Gültigkeit
139 besitzt. Zu Beginn des Jahres hat die unionsgeführte Bundesregierung zudem
140 ein umfangreiches Sicherheitspaket vereinbart. Mit dem Beschluss des
141 Bundestages zum Haushalt 2016 werden die Sicherheitsbehörden des
142 Bundes in beispiellosem Maße gestärkt: Insgesamt erhalten sie rund 4.000
143 Stellen zusätzlich, ihre Ausrüstung wird erheblich verbessert. Auch dies wird
144 die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger erhöhen.
145
- 146 11. Die CDU tritt für eine Nationale Präventionsstrategie gegen islamistische
147 Radikalisierung ein. Die Beratungsstellen zur Verhinderung von
148 Radikalisierung wollen wir stärken.
149
- 150 12. Die Werbung für terroristische Organisationen kann sich heute durch das
151 Internet besonders rasch verbreiten. Sie ist der geistige Nährboden für
152 terroristische Gewalt. Wir wollen die Sympathiewerbung für terroristische
153 Vereinigungen unter Strafe stellen und konsequent gegen die salafistische
154 Szene vorgehen. Nahezu jeder, der aus Deutschland in den Dschihad zieht,
155 hatte vor seiner Ausreise Kontakt zu Salafisten.
156
- 157 13. Wir fordern die Betreiber von sozialen Netzwerken, Plattformen und
158 Internetseiten auf, selbständig und erst recht nach Aufforderung
159 gewaltverherrlichende Inhalte und erst recht Propaganda für Salafismus, IS
160 und Terror aus dem Netz zu entfernen.
161
- 162 14. Wir wollen den islamistischen Spendensammelvereinen die Grundlage
163 entziehen. Sanktionen bei einem Verstoß gegen das Vereinsverbot
164 wollen wir weiter und härter fassen.
165
- 166 15. Den vielen friedliebenden bei uns lebenden Muslimen und Verbänden sind wir
167 für ihre klare Distanzierung vom islamistischen Terrorismus dankbar. Wir
168 suchen den Schulterschluss mit ihnen. Deshalb war und ist der Dialog mit

169 dem Islam, den wir im Jahre 2006 mit der „Deutschen Islam Konferenz“
170 begonnen haben, richtig und zukunftsweisend. Die muslimischen Verbände
171 sind gefordert, gemeinsam mit den staatlichen Stellen und allen
172 gesellschaftlichen Kräfte aktiv bei der Verhinderung von Radikalisierung und
173 Rekrutierung mitzuwirken.

174

175 16. Die Unterstützer des islamistischen Terrorismus dürfen in unserem Land
176 keinen Vorbereitungs- oder Rückzugsraum finden. Wir haben deshalb das
177 Reisen in terroristischer Absicht unter Strafe gestellt. Wir haben darüber
178 hinaus die Möglichkeit geschaffen, Extremisten nicht nur den Pass, sondern
179 auch den Personalausweis zu entziehen, um sie an einer Ausreise zu hindern.
180 Beide Änderungen haben sich in der Praxis als ausgesprochen erfolgreich
181 erwiesen.

182

183 17. Wir haben einen neuen Straftatbestand der Terrorismusfinanzierung
184 eingeführt. Auf dieser Grundlage müssen nun die Finanzquellen des
185 internationalen Terrorismus konsequent ausgetrocknet werden. Deshalb
186 wollen wir ermöglichen, dass auch innereuropäische Finanztransfers zur
187 Terrorismus-Bekämpfung überwacht werden. Dies muss für Bargeld wie für
188 aufladbare Geld- und Kreditkarten gelten.

189

190 18. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist ein Bekenntnis und eine Treuepflicht:
191 Staatsbürger und Staat stehen füreinander ein. Wer sich einer terroristischen
192 Armee anschließt, kündigt dieses Treueverhältnis auf und dokumentiert seine
193 Abkehr von unseren Werten. Wir treten deshalb mit Nachdruck dafür ein, dass
194 Personen, die im Ausland für eine Terrormiliz kämpfen und neben der
195 deutschen eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen, die deutsche
196 Staatsbürgerschaft verlieren.

197

198 19. Wer nach Einschätzung unserer Sicherheitsbehörden zu Straftaten von
199 erheblicher Bedeutung bereit ist, weil er islamistischen Fanatikern nahesteht,
200 muss im Blick der Sicherheitsbehörden sein. Solche Personen, die von Polizei
201 oder Verfassungsschutz als „Gefährder“ angesehen werden, müssen mit den
202 rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln stärker beobachtet werden.

203 Der konsequente und regelmäßige Datenaustausch über solche Gefährder
204 zwischen den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder ist dafür eine
205 wichtige Voraussetzung. Wir fordern insbesondere auch die rot-grün regierten
206 Länder auf, in der Beobachtung und Bekämpfung radikal-religiöser Gruppen
207 einen Schwerpunkt der Arbeit der Sicherheitsorgane zu legen und diese
208 personell, technisch und organisatorisch entsprechend aufzustellen. Wir
209 dürfen und wollen ihnen keine Gelegenheit geben, Anschläge zu verüben. Sie
210 sollen sich regelmäßig bei den örtlichen Behörden melden müssen. Wir
211 werden prüfen, inwieweit etwa bei besonders schweren Gefährdungslagen
212 auch ein Einsatz von elektronischen Fußfesseln zu einem Mehr an Sicherheit
213 beitragen kann.

214

215 20. Um neue Anhänger in unserem Land zu gewinnen, sind Terrororganisationen
216 vor allem im Internet, auf Twitter, Facebook, Instagram oder anderen sozialen
217 Netzwerken aktiv. Oft sind die bei der Internetnutzung anfallenden
218 Verbindungsdaten die einzige Spur, die zu den Terrororganisationen führt.
219 Dank des beharrlichen Drängens der CDU ist es in diesem Jahr gelungen,
220 erneut Speicherfristen für Verbindungsdaten einzuführen (sogenannte
221 „Vorratsdatenspeicherung“). Die Nutzung dieser Daten wollen wir in Zukunft
222 auch den Verfassungsschutzbehörden ermöglichen.

223

224 21. Die Sicherheitsbehörden müssen technisch so ausgerüstet sein, dass sie ihre
225 Aufgaben in vollem Umfang erfüllen können. Dies gilt auch im digitalen
226 Zeitalter. Gerade bei der Überwachung verschlüsselter Internet-
227 Kommunikation müssen wir mit der technischen Entwicklung Schritt halten.
228 Den rechtlichen Befugnissen müssen angesichts des rasanten technischen
229 Fortschritts auch die technischen Fähigkeiten entsprechen. Wir setzen uns
230 daher mit Nachdruck für die wirksame Überwachung auch verschlüsselter
231 Kommunikation (sogenannte „Quellen-TKÜ“) ein und wollen den
232 Verfassungsschutzbehörden die Befugnis zur „Online-Durchsuchung“ zur
233 Vorbeugung vor terroristischen Aktivitäten geben.

234

235 Derzeit ist es in Deutschland möglich, Prepaid-Mobilfunkkarten ohne
236 eindeutigen Identitätsnachweis zu erwerben und in Betrieb zu nehmen.

237 Dadurch lassen sich Kommunikationswege verschleiern, was die Arbeit der
238 Ermittlungsbehörden erheblich erschwert. Daher wollen wir eine Änderung der
239 gesetzlichen Grundlagen prüfen, damit die Aktivierung von Prepaid-
240 Mobilfunkkarten ohne Ausweisprüfung künftig nicht mehr möglich ist.

241

242 **Menschen in Not helfen, Migration ordnen, steuern und** 243 **reduzieren**

244

245 So wie die CDU die Partei der Inneren Sicherheit ist, tritt sie auch seit jeher für eine
246 vernünftige Ordnung und Steuerung von Migration ein: Als in den 90er Jahren die
247 Zahl der Asylbewerber, die aus rein wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland
248 kamen, enorm anstieg, haben wir erfolgreich für die notwendigen rechtlichen
249 Änderungen und für eine konsequente Rückführungspolitik gesorgt.

250

251 Wir haben die Interessen der Menschen in Deutschland fest im Blick. Wir sind
252 entschlossen, den Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen durch wirksame
253 Maßnahmen spürbar zu verringern. Denn ein Andauern des aktuellen Zuzugs würde
254 Staat und Gesellschaft, auch in einem Land wie Deutschland, auf Dauer überfordern.
255 Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten viel durchgesetzt. Angefangen
256 bei der Erhöhung der Abschiebungszahlen bis hin zur größten Verschärfung des
257 Asylrechts seit 20 Jahren. Die CDU setzt sich in Deutschland, in Europa und in der
258 internationalen Staatengemeinschaft mit Nachdruck für weitere Schritte ein.

259

260 Als Christdemokraten, die der europäischen Werteordnung und dem christlichen
261 Menschenbild besonders verpflichtet sind, standen und stehen wir aber auch seit
262 jeher zu unserer humanitären Verantwortung. Deshalb helfen wir Menschen, die in
263 großer Not zu uns kommen, weil sie politisch verfolgt werden oder aufgrund der
264 Genfer Flüchtlingskonvention einen Schutzanspruch haben. So haben wir in der
265 Vergangenheit unter wirtschaftlich viel schwierigeren Bedingungen als heute vielen
266 Boat-People aus Vietnam, tamilischen Flüchtlingen aus Sri Lanka oder
267 hunderttausenden Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina dauerhaft
268 oder zeitlich begrenzt Schutz und Aufenthalt in Deutschland geboten.

269

270 Auch jetzt sind viele hunderttausend Menschen auf der Flucht vor Verfolgung,
271 Diktatur, islamistischem Terror und Bürgerkrieg. Wir sind fest entschlossen, unserer
272 humanitären Verantwortung auch diesmal gerecht zu werden.

273

274 Unser Land und seine Bürgerinnen und Bürger stellen diesen Willen jeden Tag aufs
275 Neue unter Beweis. Ankommende Flüchtlinge treffen auf großes Mitgefühl und
276 Hilfsbereitschaft. Unsere Städte und Gemeinden leisten unter schwierigsten
277 Bedingungen Herausragendes. Die unermüdliche Einsatzbereitschaft der vielen
278 tausend haupt- und ehrenamtlichen Helfer ist beispiellos und verdient unsere
279 Bewunderung, unseren Dank, unsere Anerkennung und unseren Respekt. Dies gilt
280 auch für die „helfenden Hände“ der Bundeswehr. Sie alle geben eine humanitäre
281 Empfehlung für ganz Deutschland ab und tragen entscheidend dazu bei, dass die
282 menschenwürdige Aufnahme und Versorgung von so vielen Menschen überhaupt
283 möglich ist.

284

285 Neben dieser großen Hilfsbereitschaft müssen wir in den letzten Monaten leider auch
286 eine zunehmende Zahl von Angriffen auf Asylbewerber, Flüchtlinge und ihre
287 Einrichtungen verzeichnen. Diese Angriffe sind widerwärtig. Darüber hinaus gilt:
288 Gleichgültig wer und aus welchen Gründen jemand zu uns kommt: Jeder Mensch,
289 ganz gleich ob sein Antrag auf Schutz schlussendlich anerkannt oder abgelehnt wird,
290 hat ein Recht darauf, dass er anständig behandelt wird und keine Furcht oder Angst
291 haben muss. Hetze und Gewalt, egal von wem sie ausgehen, müssen strafrechtlich
292 verfolgt und politisch geächtet werden.

293

294 Es gibt keine Rechtfertigung für Ausschreitungen und Gewalt in
295 Flüchtlingsunterkünften. Dort, wo es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen in
296 Flüchtlingsunterkünften kommt, greifen wir entschlossen durch. Dabei gilt unser
297 besonderes Augenmerk auch dem Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt gegen
298 Frauen und dem Schutz von Kindern. Bei der Unterbringung achten wir besonders
299 auf Rahmenbedingungen, die den Bedürfnissen von allein reisenden Frauen und
300 Familien mit Kindern Rechnung tragen.

301

302 Das große Ausmaß der Flüchtlingsbewegung ist auch eine eindrucksvolle Abkehr
303 von menschenverachtendem religiösen Fanatismus und ein Vertrauensbeweis in

304 unsere westlich-abendländischen Werte, die zur Herausbildung der universellen
305 Freiheits- und Menschenrechte so entscheidend beigetragen haben.

306

307 Viele Flüchtlinge, die sich auf der Flucht vor Terror und Krieg auf den Weg nach
308 Europa machen, wollen nach Deutschland, um hier dauerhaft oder jedenfalls so
309 lange zu bleiben, bis sie wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Darin zeigt sich
310 auch das enorme Ansehen, das sich unser Land in den letzten Jahrzehnten überall
311 auf der Welt erworben hat. Unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, das hohe
312 Maß an Innerer und Äußerer Sicherheit, unsere herausragende wirtschaftliche
313 Stärke, unser eindrucksvolles Niveau an Bildung, Sozial- und Umweltschutz machen
314 Deutschland in den Augen dieser Flüchtlinge zu einem Land, mit dem sie ihre ganze
315 Hoffnung auf eine bessere Zukunft für sich und ihre Kinder verbinden. Deutschland
316 hat starke Schultern und ist bereit, seinen Teil der Verantwortung zu übernehmen.
317 Doch kein Land, auch nicht Deutschland, kann eine solche Hoffnung alleine erfüllen.
318 Wir brauchen eine Lösung, die tatsächlich nachhaltig und damit auch dauerhaft wirkt.
319 Eine solche Lösung kann im deutschen und europäischen Interesse nur in
320 gemeinsamer europäischer Solidarität und in enger Zusammenarbeit mit den
321 Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlingsbewegung funktionieren. Für die
322 Bewältigung dieser globalen Herausforderung arbeiten wir entschlossen und mit
323 ganzer Kraft.

324

325 So wird es gelingen, die Zahl der Flüchtlinge spürbar zu reduzieren. Das wollen wir
326 erreichen, indem wir

327

328 • die Migration ordnen, insbesondere die Außengrenzen schützen und den
329 Schleusern das Handwerk legen,

330

331 • die Migration steuern und insbesondere abgelehnte Asylbewerber zügig
332 zurückführen, sowie eine faire europäische Verteilung schutzbedürftiger
333 Bewerber erreichen und

334

335 • die Fluchtursachen durch Hilfen für Transit- und Herkunftsländer bekämpfen.

336

337 Dadurch sichern wir gesellschaftliche Akzeptanz, vermeiden Überforderungen und
338 schaffen die Voraussetzungen für ein Gelingen der Integration für diejenigen
339 Flüchtlinge, die für längere Zeit oder dauerhaft bei uns bleiben werden.

340

341 Für die CDU sind folgende Maßnahmen vorrangig:

342

343 1. Wir wollen die Ursachen beseitigen, die Millionen von Menschen aus ihrer
344 Heimat vertrieben haben. Dazu gehört insbesondere auch die Schaffung einer
345 dauerhaft stabilen und sicheren Friedensordnung für Syrien, sowie die
346 Stabilisierung der demokratisch gewählten Regierungen in Afghanistan und im
347 Irak. Wir begrüßen die Syrien-Gespräche in Wien und fordern die Beteiligten
348 auf, die staatliche Integrität Syriens zu wahren, den IS und andere
349 terroristische Gruppierungen entschieden zu bekämpfen und freie Wahlen zu
350 ermöglichen.

351

352 2. Wir wollen den Beitrag der Entwicklungshilfe zur gezielten Bekämpfung von
353 Ursachen von Flucht und Migration stärken. Wo es zur Bewältigung der Krise
354 hilft, wollen wir mehr Entwicklungshilfe einsetzen und weniger dort, wo sich
355 die Regierungen jeder Kooperation, z. B. bei der Rücknahme illegaler
356 Migranten, verweigern.

357

358 3. Wir wollen erreichen, dass mehr Flüchtlinge in ihrer Heimatregion bleiben
359 können, bis es wieder eine Möglichkeit zur Rückkehr in das eigene Land gibt.
360 Deshalb muss vor allem im Libanon, im Irak, in Jordanien und in der Türkei
361 die Situation der dort innerhalb und außerhalb von Flüchtlingslagern
362 Lebenden umgehend verbessert werden. Die Versorgung der Flüchtlinge
363 muss auf ein menschenwürdiges Niveau erhöht werden, sie brauchen Zugang
364 zum legalen Arbeitsmarkt und zu schulischer Ausbildung für ihre Kinder. Wir
365 setzen uns dafür ein, dass die Mitgliedstaaten der EU, aber auch
366 Bundesländer und Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft Patenschaften für
367 einzelne Flüchtlingslager und -einrichtungen übernehmen können. Um
368 Fehlentwicklungen in Zukunft besser vorherzusehen und ihnen entgegen zu
369 steuern, wollen wir prüfen, ob eine Stabsstelle auf nationaler und europäischer
370 Ebene angesiedelt werden kann.

371

372 4. Deutschland wird ebenso wie die USA und andere Partner sein militärisches
373 Engagement in Afghanistan verlängern und so die Menschen in Afghanistan
374 weiter beschützen. Hilfsorganisationen müssen finanziell so ausgestattet
375 werden, dass Binnenflüchtlingen schnell geholfen werden kann, damit sie in
376 ihre Heimatregion zurückkehren oder andernorts in Afghanistan eine neue
377 Existenz aufbauen können. Dadurch gewährleisten wir auch, dass
378 innerstaatliche Fluchialternativen erhalten und abgelehnte Asylbewerber
379 dorthin zurückgeführt werden können.

380

381 5. Der Türkei kommt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der gegenwärtigen
382 Situation zu, weil dort bereits mehr als zwei Millionen Flüchtlinge leben und
383 alle Flüchtlinge, die aus den Ländern des Mittleren und Nahen Ostens nach
384 Europa kommen, die Türkei als Transitland nutzen. Deutschland, Europa und
385 die Türkei haben eine gemeinsame Verantwortung, weil nur durch ihre
386 Zusammenarbeit eine humanitär vertretbare und dauerhafte Lösung gefunden
387 werden kann. Deshalb begrüßen wir die Ergebnisse des EU/Türkei-Gipfels
388 und setzen uns für eine rasche Umsetzung seiner Ergebnisse ein.

389

390 6. Dazu gehören die größtmögliche Unterbindung der illegalen Migration durch
391 eine gemeinsame und entschiedene Bekämpfung von Menschenhandel und
392 Schleuserkriminalität, die finanzielle Unterstützung der Türkei bei der
393 Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen, die Vereinbarung eines legalen
394 Flüchtlingskontingents für die EU insgesamt, die Bereitschaft der Türkei zur
395 Rückübernahme von Drittstaatsangehörigen und die damit verknüpften
396 Verhandlungen zur Visumfreiheit sowie die Eröffnung neuer Kapitel in den
397 laufenden Verhandlungen. Die Verhandlungen zur Visumfreiheit müssen
398 sorgsam mit unseren Sicherheitsinteressen in Übereinstimmung gebracht
399 werden.

400

401 7. Die Schaffung des Schengen-Raumes ohne Grenzkontrollen an den
402 Binnengrenzen gehört zu den großen Errungenschaften der Europäischen
403 Integration, die wir für die Zukunft bewahren und ausbauen wollen. Wir
404 werden den strikten Schutz der Außengrenzen der EU, der zurzeit nicht

405 gewährleistet ist, wiederherstellen und dazu gemeinsam mit unseren
406 europäischen Partnern auch die europäische Grenzschutzagentur Frontex
407 stärken, zu einer europäischen Küstenwache und so zu einer europäischen
408 Grenzschutzpolizei ausbauen. Nur wenn das gelingt, wird das Funktionieren
409 des Schengen-Raumes dauerhaft aufrechterhalten werden können.

410

411 8. Mit der Schengen-konformen Einführung von Grenzkontrollen am
412 13. September 2015 haben wir bereits einen wichtigen Schritt zur Wahrung
413 unserer Inneren Sicherheit getan. Dadurch wurde es möglich, Straftäter,
414 Gefährder und Schleuser bereits an der Grenze zu identifizieren und
415 Straftaten zu ahnden. Zu diesem Zwecke sind derartige Kontrollen so lange
416 unverzichtbar und ggf. zu intensivieren, bis eine strikte und Schengen-
417 konforme Kontrolle der Außengrenze gewährleistet ist.

418

419 9. Wir werden die Schwächen des Dublin III-Verfahrens überwinden und dafür
420 sorgen, dass die bereits beschlossene Einrichtung sogenannter „Hotspots“ in
421 Griechenland und in Italien in Verantwortung der Europäischen Union
422 schnellstmöglich umgesetzt wird. Diese Hotspots müssen die ankommenden
423 Flüchtlinge nicht nur registrieren, sondern Schutzbedürftige in die
424 Mitgliedstaaten der EU verteilen, sowie Nichtschutzbedürftige aus den
425 Hotspots in ihre Herkunftsländer zurückführen. Wir werden die europäische
426 Asylagentur EASO stärken und ausbauen, damit sie ihren Aufgaben besser
427 gerecht werden kann.

428

429 10. Wir setzen uns für ein einheitliches europäisches Asylsystem ein. Dazu
430 gehören europaweit ähnliche Entscheidungsmaßstäbe sowie Maßnahmen, die
431 den Missbrauch des Asylrechts wirksam verhindern.

432

433 11. Wir bestehen auf europäischer Solidarität in der Flüchtlingskrise und fordern
434 die Europäische Kommission auf, für die zügige Umsetzung der bereits
435 beschlossenen Verteilung von 160.000 Flüchtlingen Sorge zu tragen. Wir
436 sehen dies als ersten Schritt, um zu einer dauerhaften, fairen und gerechten
437 Lastenverteilung zu gelangen.

438

439 12. Wir sind der Überzeugung, dass zur Ordnung und Steuerung der
440 Flüchtlingsbewegung und zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen eine klare
441 Trennung zwischen den wirklich Schutzbedürftigen und denjenigen gehört, die
442 aus anderen, vorwiegend wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland
443 kommen. Die Union hat in den letzten Monaten erreicht, dass Bosnien-
444 Herzegowina, Albanien, Montenegro, Serbien, Kosovo und Mazedonien als
445 sichere Herkunftsländer eingestuft wurden. Gleichzeitig haben wir für
446 Angehörige dieser Länder Möglichkeiten der legalen Migration zur
447 Arbeitsaufnahme in Deutschland geschaffen. Inzwischen ist die Zahl der
448 Asylbewerber aus diesen Ländern um über 90 Prozent gesunken.

449

450 13. Wir setzen uns für die zügige Rückführung aller abgelehnten Asylbewerber in
451 ihre Herkunftsländer ein. Wir erkennen an, dass sich die Zahl der
452 abgeschobenen oder freiwillig zurückkehrenden Asylbewerber in den letzten
453 Monaten deutlich erhöht hat; sie muss aber noch wesentlich gesteigert
454 werden, damit künftige Asylbewerber aus diesen Ländern von der
455 Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens überzeugt werden. Dazu gehört auch
456 eine klarere Formulierung der Regelungen medizinischer
457 Abschiebehindernisse, damit diese nicht mehr missbraucht werden können.
458 Des Weiteren ist es notwendig, im Rahmen des Asylverfahrens strafrechtliche
459 Vorwürfe stärker zu berücksichtigen. Die Möglichkeit, den Aufenthalt in
460 Deutschland dadurch zu verlängern, dass abgelehnte Asylbewerber
461 Folgeanträge stellen, wollen wir einschränken.

462

463 14. Durch die Verabschiedung des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes
464 haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, Verfahren erheblich zu
465 beschleunigen, und soziale Anreize zum Verbleib in Deutschland zu
466 reduzieren (Asylpaket I). Wir fordern alle Bundesländer, insbesondere auch
467 diejenigen mit rot-grünen Koalitionen, auf, die eröffneten Möglichkeiten
468 umfassend umzusetzen, damit die Ziele der Neuregelung auch tatsächlich
469 erreicht werden können. Hierzu gehören die Verringerung der
470 Bargeldleistungen und der Wegfall der Asylbewerberleistungen, wenn
471 abgelehnte Asylbewerber nicht ausreisen oder ihre Ausreise verhindern.

472 Weitere Vereinfachungen des Asylverfahrens und der gerichtlichen Verfahren
473 werden wir angehen.

474

475 15. Asylbewerber werden bereits heute in Deutschland medizinisch ordentlich
476 versorgt: Ein Flüchtling, der akut erkrankt ist oder unter Schmerzen leidet,
477 kann sich auf eine Versorgung verlassen. Zugleich wird die Situation
478 besonders schutzbedürftiger Personen, wie zum Beispiel Schwangerer,
479 Kinder und Jugendlicher sowie behinderter Menschen, angemessen
480 berücksichtigt. Kinder und Jugendliche erhalten über die Leistungen gemäß
481 Asylbewerbergesetz hinaus Krankenhilfeleistungen nach SGB VIII (Kinder-
482 und Jugendhilfegesetz, KJHG).

483

484 Eine Leistungsausweitung auf das umfassende Versorgungsniveau der
485 Gesetzlichen Krankenversicherung vom ersten Tag des Aufenthalts in
486 Deutschland an wird es aber mit der CDU nicht geben, denn wir wollen jeden
487 Anreiz vermeiden, dass offenkundig nicht Schutzbedürftige in Deutschland
488 einen Antrag auf Schutz stellen. Die Einführung einer Gesundheitskarte in den
489 Ländern zur Abrechnung der Leistungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz
490 werden wir insofern aufmerksam begleiten.

491

492 16. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat in den vergangenen Wochen
493 bereits erhebliche Fortschritte bei der Bearbeitung und Entscheidung von
494 Asylanträgen erzielt. Wir wissen um die enorme Belastung seiner
495 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch derjenigen, die in großer Zahl in den
496 vergangenen Wochen neu hinzugekommen sind. Wir haben dafür gesorgt,
497 dass zusätzlich zu dem schon erfolgten Stellenaufwuchs noch einmal 4.000
498 Mitarbeiter zusätzlich eingestellt werden können. Die CDU wird sich auch
499 künftig dafür einsetzen, die Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit des BAMF
500 weiter zu erhöhen.

501

502 17. Mit der Einführung eines Ankunftsausweises und einer Flüchtlingsdatenbank
503 schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass die Aufnahme und Verteilung von
504 Flüchtlingen künftig wesentlich schneller und wirksamer erfolgen kann. Dazu
505 gehört, dass wir die Registrierung zur Voraussetzung zur Stellung eines

506 Asylantrages und zur Gewährung von Leistungen machen. Damit verhindern
507 wir auch, dass Flüchtlinge die für sie vorgesehene Erstaufnahmeeinrichtung
508 verlassen und sich selbst einer anderen Aufnahmeeinrichtung „zuweisen“.
509 Ebenso werden wir beschleunigte Verfahren insbesondere für Bewerber aus
510 sicheren Herkunftsländern einrichten: In besonderen Aufnahme-Einrichtungen
511 sollen Antragstellung, Entscheidung und Rechtsmittelverfahren innerhalb von
512 vier Wochen zum Abschluss gebracht werden und die Rückführung
513 unmittelbar aus diesen Einrichtungen erfolgen.

514

515 18. Wir müssen zusätzliche Wanderungsbewegungen in die Großstädte und
516 Ballungsräume verhindern und eine gleichmäßige Verteilung in Deutschland
517 gewährleisten. Wir wollen deshalb prüfen, ob eine Wohnsitzauflage, zeitlich
518 begrenzt, für anerkannte Flüchtlinge ohne eigenes Einkommen eingeführt
519 werden sollte. Eine gezielte auch finanziell geförderte Integrationspolitik in den
520 ländlichen Räumen muss die Ballungsräume entlasten und neue Chancen für
521 die ländlichen Räume eröffnen.

522

523 19. Insbesondere durch die Übernahme der Kosten für das
524 Asylbewerberleistungsrecht hat die CDU durchgesetzt, dass Länder und
525 Kommunen in Höhe von mehreren Milliarden Euro jährlich strukturell entlastet
526 werden.

527

528 20. Die CDU ist die Partei der Familie. Wir wissen, dass gerade Frauen und
529 Kinder die verletzlichsten unter den Flüchtlingen sind. Sie wachsen auf der
530 Flucht oft über ihre Kräfte hinaus. Die hohe Zahl von Flüchtlingen stellt alle
531 Beteiligten vor große Probleme beim Familiennachzug. Schon jetzt ist die
532 Bearbeitungszeit für Anträge enorm gestiegen und eine rasche Entscheidung
533 schon aus praktischen Gründen in vielen Fällen nicht möglich. Deshalb wollen
534 wir bei denjenigen, die keine Flüchtlingsanerkennung erhalten und nur
535 „subsidiär“ geschützt sind, die Spielräume des internationalen Rechts nutzen
536 und den Familiennachzug für eine Dauer von zwei Jahren aussetzen.

537

538 **Integration sichern und gestalten: Fördern und Fordern**

539

540 Viele Flüchtlinge, die jetzt nach Deutschland kommen und anerkannt werden, wollen
541 so schnell wie möglich wieder in ihre alte Heimat zurückkehren, sobald sich die
542 Verhältnisse dort zum Besseren gewendet haben. Dennoch werden viele andere
543 bleiben, weil sie einen dauerhaften neuen Anfang wagen wollen.

544

545 Wir wollen diesen Menschen, die zeitlich befristet oder für immer in Deutschland
546 Aufnahme finden, die Integration in unsere Staats- und Gesellschaftsordnung
547 ermöglichen. Integration ist angewiesen auf die Offenheit derer, die hier schon leben,
548 und Integration ist angewiesen auf die Bereitschaft derer, die zu uns kommen,
549 unsere Art zu leben, unser Recht, unsere Kultur zu achten und unsere Sprache zu
550 lernen.

551

552 Wir überlassen nicht denen das Feld, die Ängste schüren. Uns leiten unser
553 christliches Menschenbild und die Rechts- und Werteordnung unseres Landes.
554 Dieses Wertefundament gilt für alle – mit Rechten und Pflichten. Flüchtlinge
555 brauchen eine ausgestreckte Hand. Flüchtlinge brauchen aber auch eine Hand, die
556 ihnen den Weg weist, wie unser Zusammenleben funktioniert. Denn wenn Integration
557 gelingt, stellen die Menschen, die zu uns kommen, für die deutsche Gesellschaft
558 einen Gewinn dar.

559

560 Dabei leiten uns folgende Grundsätze und Überlegungen:

561

562 1. Integration besteht aus Fördern und Fordern. Sie ist ein Angebot, aber auch
563 eine Verpflichtung zu eigener Anstrengung.

564

565 2. Wir wollen bei der großen Aufgabe der Integration Fehler der Vergangenheit
566 vermeiden, das Entstehen von Parallelgesellschaften verhindern und
567 bestehende Parallelstrukturen beseitigen. Ebenso wenig vermögen
568 Forderungen nach „Multikulti“ einen Beitrag zur Lösung der Integrationsfrage
569 zu leisten: „Multikulti“ ist gescheitert. Die neu Angekommenen sollen zu guten
570 Nachbarn und Bürgern werden.

571

572 3. Deshalb strebt die CDU die Verabschiedung von Gesetzen des Bundes und
573 der Länder an, in denen der Abschluss von verbindlichen

574 Integrationsvereinbarungen, die gegenseitigen Rechte und Pflichten von Staat
575 und Migrant in verständlicher Form festgelegt und vermittelt werden und der
576 Integrationsprozess vorgezeichnet wird (Integrationspflichtgesetz). Wichtig ist,
577 dass der Integrationsprozess für beide Seiten verpflichtend eingehalten wird.
578 Wer sich dem dauerhaft verschließt, muss mit Nachteilen, zum Beispiel
579 Leistungskürzungen, rechnen.

580

581 4. Zur Integration gehört ganz entscheidend das schnelle Erlernen der
582 deutschen Sprache, das wir umfassend fördern und fordern werden. Schon in
583 den letzten Jahren ist es durch frühkindliche Sprachförderung,
584 Integrationskurse und moderne Integrationskonzepte gelungen, ein
585 Auseinanderdriften von Mehrheitsgesellschaft und Migranten zu verhindern,
586 zumindest dort, wo entsprechende Angebote zur Verfügung gestanden haben.
587 Wir werden den Weg weitergehen und daher im kommenden Jahr die Zahl der
588 Integrationskurse verdoppeln. Die große Mehrheit der anerkannten Flüchtlinge
589 ist zum Erlernen unserer Sprache von sich aus bereit, und wir werden ihnen
590 nach Kräften dabei helfen und sicherstellen, dass alle vorhandenen
591 Möglichkeiten zum schulischen und außerschulischen Spracherwerb genutzt
592 werden können. Die Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen wollen wir
593 für Frauen und Männer gleichermaßen verbindlich ausgestalten und
594 gesetzlich verankern.

595

596 5. Auch das Erlernen kultureller, gesellschaftlicher und rechtlicher Kenntnisse
597 sowie von Alltagskompetenzen unserer Gesellschaft muss integraler
598 Bestandteil dieser Angebote sein. Jedes Integrationsangebot muss – neben
599 dem Spracherwerb – auch die wesentlichen Verhaltensregeln und die
600 zentralen Inhalte unserer Leitkultur vermitteln. So wird den Flüchtlingen und
601 Asylbewerbern die notwendige Unterstützung gegeben, um sich in unserer
602 Gesellschaft zu orientieren und zurechtzufinden.

603

604 6. Damit Integration erfolgreich ist, muss sie bereits in den Unterkünften
605 beginnen und alle Lebensstationen eines Menschen umfassen. Das bedeutet
606 Integration von Anfang an. In den Ländern und Kommunen brauchen wir dafür

607 konkrete Politikkonzepte zur Integration in Kita, Schule, Berufsschule, Studium
608 und Arbeitsleben.

609

610 7. Um die hohen wissenschaftlichen Standards im deutschen Bildungswesen
611 weiterhin zu gewährleisten, muss die Studienplatzvergabe unter einheitlichen
612 und geprüften Vorgaben erfolgen. Um Menschen mit schulischer und/oder
613 akademischer Ausbildung, aber ohne gültige oder bewertbare Papiere eine
614 Chance auf Teilhabe an der Hochschulbildung zu gewährleisten, sollen die
615 Länder umfassende Eignungstests durchführen.

616

617 8. All das sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration in den
618 Arbeitsmarkt und für gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen, dass Flüchtlinge –
619 Frauen wie Männer – mit guter Bleibeperspektive so schnell wie möglich
620 Arbeit annehmen und so zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes durch eigene
621 Anstrengung beitragen können. Deshalb haben wir bereits 2014 das
622 Arbeitsverbot für Asylbewerber deutlich gelockert und ihnen die
623 Arbeitsaufnahme nach drei Monaten gestattet. Dabei legen wir besonderes
624 Augenmerk darauf, dass auch Frauen die gleichen Chancen wie Männer
625 haben, eine Berufstätigkeit auszuüben. So wirken wir nicht nur Altersarmut
626 entgegen, sondern fördern auch Emanzipation und gesellschaftliche Teilhabe.
627 Die Integration der Mütter verbessert die Integrationschancen der Kinder.
628 Wenn die Aufnahme einer regulären Beschäftigung nicht gelingt, müssen
629 kurzfristig befristete Möglichkeiten einer sinnvollen Beschäftigung geprüft
630 werden.

631

632 9. Je höher die Zahl der Flüchtlinge, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten
633 können, desto niedriger die Kosten für unsere Sozialkassen und Kommunen.
634 Auch zu einer gelungenen gesellschaftlichen Integration leistet ein reguläres
635 Arbeitsverhältnis einen immensen Beitrag. Deshalb müssen wir jungen
636 Flüchtlingen eine Ausbildung ermöglichen und gering Qualifizierte durch
637 Sonderprogramme etwa zur Wohnumfeldverbesserung an den Arbeitsmarkt
638 heranführen. Qualifizierten und kurzfristig qualifizierbaren Flüchtlingen dürfen
639 wir bei der Arbeitsaufnahme keine Hürden in den Weg stellen.

640

641 10. Bei vielen Unternehmen gibt es eine große Bereitschaft, neu angekommenen
642 Flüchtlingen bei der Integration in den Arbeitsmarkt durch das Angebot von
643 Praktika, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu helfen. Wir wollen sie dabei
644 unterstützen, indem wir dafür sorgen, dass ihnen „vor Ort“ Ansprechpartner
645 zur Verfügung stehen und dass die Verfahren so unbürokratisch wie möglich
646 gestaltet werden. Hierzu ist es auch wichtig, dass die vorhandenen
647 Qualifikationen (Bildungsabschluss, Berufsausbildung, Berufserfahrung,
648 Sprachkompetenz) der Flüchtlinge frühzeitig erhoben und den Einrichtungen
649 der Arbeitsvermittlung zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen in
650 Kooperation mit den Sozialpartnern Programme zur Bildung und
651 Weiterbildung speziell für Flüchtlinge erarbeiten, um sie für den Wiederaufbau
652 in den Heimatländern oder für die langfristige Integration in den Arbeitsmarkt
653 zu qualifizieren. Wir werden frühzeitig individuelle und systematisierte
654 Angebote zur Potentialanalyse, zur Berufsorientierung, zum Erreichen eines
655 qualifizierenden Schulabschlusses und zum beruflichen Einstieg unterbreiten.
656 Dabei setzen wir auf die bewährten Initiativen „Bildungsketten“ und
657 „Assistierte Ausbildung“.

658
659 11. Das Gelingen der Integration entscheidet sich vor allem in den Städten,
660 Gemeinden und Landkreisen. Dabei sind verlässliche Strukturen und
661 Angebote vor Ort entscheidend. Deshalb wollen wir die zahlreichen
662 ehrenamtlichen Initiativen, die sich in der letzten Zeit gebildet haben,
663 langfristig als Partner für die Integration vor Ort gewinnen. Wir haben daher
664 den erfolgreichen Bundesfreiwilligendienst noch einmal erweitert und dort
665 10.000 zusätzliche Stellen geschaffen. Dort können sich nicht nur Deutsche,
666 sondern auch Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive für unser Land
667 engagieren und damit ein starkes Zeichen der Integrationsbereitschaft
668 senden. Darüber hinaus wollen wir die Einbindung der Flüchtlinge in die
669 Ehrenamts- und Vereinsstruktur weiter fördern und gegebenenfalls in die
670 Integrationsvereinbarung mit aufnehmen.

671
672 12. Wir unterstützen die Arbeit der vielen haupt- und ehrenamtlichen
673 Integrationslotsen, die eine Berater- und Vermittlerrolle zwischen der
674 ansässigen Bevölkerung und Neuankömmlingen übernehmen. Vor allem in

675 Kindertagesstätten und Schulen, sowie in der Kinder- und Jugendarbeit wird
676 bereits Großartiges geleistet. Wenn wir gerade von jungen Menschen
677 erwarten, dass sie lernen und fleißig sind, müssen wir ihnen die Möglichkeit
678 geben, teilzuhaben. Kinder und Jugendliche müssen miteinander lernen und
679 aufwachsen. Darum ist die Durchsetzung der Schulpflicht für uns wichtig.

680

681 13. Das flächendeckend bestehende Netz der Mehrgenerationenhäuser soll
682 neben seinen bisherigen Aufgaben ein Dreh- und Angelpunkt für alle Fragen
683 der Integration – vom Spracherwerb bis hin zum Arbeitsmarkt – werden
684 können. Hier können sich Deutsche mit und ohne Einwanderungsgeschichte
685 sowie Neuankömmlinge begegnen und Hilfe beim Start in ein Leben in
686 Deutschland geben.

687

688 14. Zum Gelingen der Integration gehören unabdingbar aber auch das
689 Verständnis, das Bekenntnis zur und die Beachtung der Werteordnung des
690 Grundgesetzes und die Einhaltung der Gesetze.

691

692 15. Unsere freie, demokratische, offene und tolerante Staats- und
693 Gesellschaftsordnung, die den Menschen und seine soziale Verantwortung in
694 den Mittelpunkt stellt, stellt unsere Leitkultur dar. Sie soll für diejenigen, die vor
695 Unfreiheit und existenzieller Not geflohen sind, eine nachhaltig prägende
696 Wirkung entfalten.

697

698 16. Viele junge Flüchtlinge sind neugierig auf unser Land und wir werden alles
699 tun, damit sie möglichst schnell soziale, kulturelle und sportliche Kontakte
700 aufbauen und entwickeln können.

701

702 17. Selbstverständlich sind nicht alle Menschen, die zu uns kommen, von sich aus
703 mit den Regeln unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens vertraut,
704 insbesondere dann, wenn sie aus Ländern oder Gegenden kommen, die keine
705 Rechtsstaatlichkeit kennen und in denen Diskriminierungen an der
706 Tagesordnung sind. Die Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen oder
707 Andersgläubigen kann nicht unter Berufung auf religiöse Vorschriften
708 gerechtfertigt werden. Deshalb werden wir unsere Verfassungs- und

709 Werteordnung nicht nur erklären, sondern auch auf ihrer Einhaltung und
710 Respektierung bestehen.

711

712 18. Dies umfasst unter anderem die repräsentative, parlamentarische Demokratie,
713 die Gewaltenteilung und das Gewaltmonopol des Staates, die Trennung von
714 Staat und Kirche, die Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung der
715 Geschlechter, die Minderheitenrechte, das Diskriminierungsverbot, die
716 Meinungs- und Medienfreiheit und das Existenzrecht Israels als Teil der
717 deutschen Staatsraison. Gegen jede Form des Antisemitismus werden wir
718 entschieden vorgehen. Wir werden nicht tolerieren, dass unsere freiheitliche
719 Grundordnung bekämpft oder die Gesetze missachtet werden. Ebenso wenig
720 dulden wir Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Wir werden mit allen Mitteln
721 des Rechtsstaats dagegen vorgehen.

722

723 19. Die Scharia hat keine Geltung für unsere staatliche Ordnung. Unsere Gesetze
724 stehen über Ehrenkodex, Stammes- oder Familienregeln. Gläubige und
725 Atheisten werden in unserem Land gleichermaßen respektiert und
726 Religionswechsel müssen aus freier Entscheidung möglich sein. Ebenso
727 werden wir Zwangsverheiratungen, verächtliche Gesten gegenüber und
728 mangelnden Respekt vor Frauen und weiblichen Vorgesetzten entschieden
729 bekämpfen.

730

731 20. Integration lebt von Begegnung und dem wechselseitigen Austausch. Dies ist
732 aber nur möglich, wenn alle Seiten bereit sind, von Angesicht zu Angesicht
733 miteinander zu kommunizieren. Diese Offenheit vermischen wir bei öffentlich
734 getragenen Vollverschleierungen. Wer eine solche trägt, dokumentiert damit
735 seine fehlende Bereitschaft zur Integration in unsere freie und offene
736 Gesellschaft. Deshalb lehnen wir die Vollverschleierung in der Öffentlichkeit
737 ab.

738

739 21. Syrische Flüchtlinge jeden Alters sind beeindruckt von der
740 Aufnahmebereitschaft und der Zivilgesellschaft Deutschlands. Die meisten
741 von ihnen wollen nach einem Friedensschluss zurück in ihre Heimat. Mit der
742 Aufnahme und Ausbildung gerade der jungen syrischen Flüchtlinge schafft

743 Deutschland auch eine der Grundlagen zum Wiederaufbau eines friedlichen
744 Syriens nach einem Friedensschluss. Gegenwärtig werden dort keine jungen
745 Menschen ausgebildet, um wichtige Funktionen in einer zukünftigen
746 Friedensgesellschaft zu übernehmen. Dies muss außerhalb Syriens
747 geschehen, um den Wiederaufbau zu ermöglichen. Davon wird auch
748 Deutschland profitieren.

749

750 Wir sind überzeugt, dass wir mit unserem umfassenden Integrationskonzept den
751 Flüchtlingen einen guten Start in ihr neues Leben ermöglichen. Wir wollen, dass die
752 politische und gesellschaftliche Identität unseres Landes, die gerade auch durch die
753 erfolgreiche Politik der Union in sieben Jahrzehnten entstanden ist, seine Vielfalt und
754 sein kultureller Reichtum dadurch gesichert und für künftige Generationen erhalten
755 werden.